

Niederschrift

über die 27. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Dienstag, dem **13.01.2015**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 26 vom 11.12.2014**
- 4. Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzepts
Vorlage: 005/2015**
- 5. Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 004/2015**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz
Ratsfrau Christel Bohlen
Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsfrau Angela Hoffbauer
Ratsherr Oliver Kohls bis 18.10 Uhr
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Ratsherr Reinhard Oncken als Vertretung für Herrn Ratsherr Oliver Kohls
Beigeordneter Alexander von Fintel als Vertretung für Herrn Ratsherr Christian Fiedler

Zuhörer/in

Beigeordneter Matthias Lührs

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Verwaltungsfachwirtin Regina Weger als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Beutz, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner erkundigte sich danach, ob über den 31.01.2015 hinaus Mittel für das Bürgermobil im Haushalt für 2015 bereitgestellt werden. Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass darüber im Rahmen der Haushaltsberatungen in TOP 5 beraten wird.

3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 26 vom 11.12.2014

In der Niederschrift Nr. 26 ist zu TOP 4 der Absatz 1 Satz 4 wie folgt zu ändern:

Die Verwaltung verwies auf entsprechende Bestimmungen in Richtlinien, wonach diese Zuschüsse nach entsprechendem Baufortschritt erst dann ausgezahlt werden, wenn nachgewiesen ist, dass der entsprechende tatsächliche eigene Finanzierungsanteil überschritten ist.

Über die Genehmigung der Niederschrift wurde nicht abgestimmt.

**4. Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzepts
Vorlage: 005/2015**

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Haushaltssicherung wurden am 20.11.2014 bereits im Ausschuss vorgestellt und inzwischen in den Fraktionen beraten.

Zunächst wurden die Beratungsergebnisse der SPD-Fraktion vorgestellt.

Demnach sollen folgende Punkte aus der Liste der Konsolidierungsvorschläge gestrichen werden:

Kostenstelle 1110010010/ Sachkonto 442100 Reduzierung der Ratssitze

Da die Einwohnerzahl in der Gemeinde Sande unter 9.000 Einwohner ist, beträgt die Anzahl der Ratsfrauen und -herren in der nächsten Ratsperiode nach § 46 I NKomVG ohnehin nur noch 22.

Kostenstelle 4210010000/Sachkonto 427106 Schwimmkurse

Die Mittel sollten nicht eingespart werden, da die Schwimmkurse als Alternative nach der Schließung des Lehrschwimmbeckens eingeführt wurden.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Straßenausbaubeitrag

In der Gemeinde Sande sollte keine Straßenausbaubeitragssatzung eingeführt werden.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Prüfung einer Kostenbeteiligung bei den landwirtschaftlichen Wegen

Die Verwaltung wird gebeten, Möglichkeiten der Kostenbeteiligung des landwirtschaftlichen Verkehrs auf den landwirtschaftlichen Wegen zu prüfen. Die immer größer und schwerer werdenden landwirtschaftlichen Fahrzeuge und Geräte sowie der Lieferverkehr zu den Betrieben verursachen nachweislich zunehmend Schäden an den Wegen, so dass eine Kostenbeteiligung für die Erhaltung angemessen erscheint.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Anpassung der Kindergartengebühren

Die Kindergartengebühren sollen in der Weise angepasst werden, dass die einkommensstarken Familien stärker belastet werden. Die SPD-Fraktion wird dazu einen neuen Entwurf der Staffelung und der Anpassung der Höchstbeträge, inklusive der Erhöhung des Zuschlages für Nutzer der Kita von außerhalb, entwickeln.

Dem Antrag auf Anpassung wurde nach einer kurzen Diskussion einstimmig zugestimmt.

Des Weiteren werden aus der Liste der Konsolidierungsvorschläge die Positionen Gebühren für das WC am Marktplatz, Beteiligung an der Sportplatzpflege und die Erhebung von Parkgebühren am Sander See gestrichen.

Den Anträgen wurde zugestimmt.

Im Anschluss wurden die Vorschläge der CDU-Fraktion zur Haushaltskonsolidierung vorgestellt, die in die Konsolidierungsliste aufgenommen werden sollen.

Erster Antrag

Um einen weiteren Anstieg der Personalkosten zu vermeiden, soll mithilfe eines Personalentwicklungskonzeptes bei zukünftigen Pensionierungen bzw. Verrentungen die Aufgaben innerhalb der Verwaltung umverteilt werden. Dadurch sollen nach Prüfung des Einzelfalls Neueinstellungen vermieden werden.

Dieses Konzept sollte folgende Punkte umfassen:

- Da die Seniorenarbeit in der jetzigen Form langfristig nicht bezahlbar ist, sollte sie mittelfristig in eine ehrenamtliche Tätigkeit überführt werden.
- Mittelfristig sollen die Stellen im Jugendzentrum reduziert werden. Außerdem sollte eine eventuell bestehende Vereinbarung mit dem Landkreis für den Bereich der Jugendarbeit diskutiert werden, da im Bereich der Jugendarbeit Aufgaben des Landkreises übernommen werden, für die keine Kostenerstattung an die Gemeinde erfolgt (Konnexitätsprinzip).
- Um das Potential der Mitarbeiter zu nutzen, sollte ein System eingeführt werden, in dem Einsparvorschläge der Mitarbeiter prämiert werden.

- Die Sozialstation sollte an eine geeignete gemeinnützige Gesellschaft verkauft werden. Dadurch werden personelle Ressourcen in der Kernverwaltung freigesetzt. Der Verkaufserlös könnte zur Schuldentilgung verwendet werden.

Zum Personalentwicklungskonzept merkte ein Ausschussmitglied der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen an, dass man zunächst die geplante Organisationsuntersuchung abwarten sollte. Eine solche Untersuchung könnte ja auch ergeben, dass zu wenig Personal vorhanden ist.

Dazu kommen noch weitere Punkte, die nicht unter das Personalentwicklungskonzept fallen.

- Es sollte ein geeigneter Investor für den Wohntrakt der Hofstelle Alt-Marienhäuser gesucht werden, damit die erforderlichen Investitionen nicht von der Gemeinde Sande getragen werden müssen.
- Die Gemeinde Sande sollte geeignete Gewerbegrundstücke vorhalten und weiterhin eine aktive Vermarktung durchführen. Man sollte sich Gedanken zur weiteren Erschließung von Gewerbegebieten machen.
- Das Thema Straßenausbaubeitragssatzung sollte weiterhin diskutiert werden. In eine solche Diskussion sollte man auch die Bürger mit einbeziehen.

Zweiter Antrag

Erarbeitung und Erlass einer Nachhaltigkeitssatzung als kommunale Schuldenbremse

In einer Nachhaltigkeitssatzung verpflichtet sich die Gemeinde zum Ausgleich des Ergebnishaushalts. Sollte der Ausgleich nicht erreicht werden können, wird der Hebesatz der Grundsteuer B erhöht, um das Defizit auszugleichen.

So soll vermieden werden, dass zu Lasten zukünftiger Generationen gewirtschaftet wird.

Sollte im ordentlichen Ergebnis ein Überschuss erzielt werden, so wird dieser zur Schuldentilgung genutzt.

In diesem Jahr sollte eine entsprechende Satzung erarbeitet und erlassen werden, um auch zukünftigen Ratsmitgliedern eine wirksame Vorgabe zur Ausrichtung ihrer Haushaltspolitik zu geben. Die Satzung sollte dann in den Jahren 2017 bzw. 2018 wirksam werden.

Nach Diskussion dieser Vorschläge wurde sich dafür ausgesprochen, aufgrund des Umfangs der Anträge jetzt keine Entscheidung zu treffen. In der nächsten Finanzausschusssitzung wird dann über die Aufnahme der Anträge in das Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen.

Die Anträge der CDU-Fraktion werden zunächst in den Fraktionen beraten.

Beschlussvorschlag:

Dem vorgestellten Haushaltssicherungskonzept wird unter Berücksichtigung der vorgetragenen und beschlossenen Änderungen zugestimmt. Der Rat beschließt gemäß § 110 Abs 6 NKomVG die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

5. Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 004/2015

Von der Verwaltung wurden anhand einer Tischvorlage die reduzierten Ansätze für Zinsaufwendungen dargestellt, die in den Jahren 2015 - 2018 veranschlagt werden sollen. In den dort genannten Beträgen sind keine Risikoaufschläge berücksichtigt. Außerdem sieht die Berechnung vor, dass die Zinsen in den nächsten Jahren nicht ansteigen.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitglieds erläuterte die Verwaltung, dass ein im letzten Jahr aufgenommenes Darlehen für drei Jahre mit einem Zinssatz von 1,27 % festgeschrieben wurde.

Des Weiteren wurde aufgezeigt, in welcher Höhe anfallende Personalkosten erstattet werden. Unter Berücksichtigung der Erstattungen liegt der Anteil der Nettopersonalkosten an den ordentlichen Aufwendungen im Jahr 2015 bei 27,9 %, 2016 bei 27,6 %, 2017 bei 29 % und 2018 bei 29,5 %.

Vom Ausschussvorsitzenden wurden kurz die verschiedenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Investitionsprogramms vorgestellt.

Zu der Investitionsmaßnahme *Sanierung Hofstelle Altmarienhausen* (I1.000061.500.015, Seite 105) wurde von einem Ausschussmitglied angeregt, ein Nutzungskonzept für die Hofstelle zu erstellen. Danach könnte man überlegen, ob zum Beispiel ein Verkauf des Objektes sinnvoll wäre.

Zu der Investitionsmaßnahme *Ersatz Mobiliar Rathaus* (I1.310121.510.014, Seite 107) regte ein Ausschussmitglied der SPD-Fraktion an, den Ansatz in Höhe von 40.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Es soll zunächst abgewartet werden, ob das Rathaus saniert wird oder aus Gründen der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit ein Neubau in Betracht gezogen werden sollte.

Die Investitionsmaßnahmen im Bereich *Dorferneuerung* (I1.720052, Seite 109) sollten ebenfalls mit einem Sperrvermerk versehen werden. Die Maßnahmen sollten nur durchgeführt werden, wenn entsprechende Zuschüsse gezahlt werden.

Zu der vorgelegten Liste der Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen an den gemeindeeigenen Gebäude wurde von der SPD-Fraktion vorgeschla-

gen, die Aufwendungen für den Brandschutz im Bereich der Grundschulen wie folgt zu veranschlagen:

In der Grundschule Sande sollen die im Jahr 2015 veranschlagten Mittel in Höhe von 275.000 € aufgeteilt werden auf 100.000 € in 2015, 100.000 € in 2016 und 75.000 € in 2017.

Bei der der Grundschule Neustadtgödens sind laut Liste 8.000 € im Jahr 2016 veranschlagt. Dieser Betrag soll bereits in 2015 in voller Höhe zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Grundschule Cäciliengroden sind im Jahr 2016 85.000 € vorgesehen. Dieser Betrag soll auf die Jahre 2015 (35.000 €) und 2016 (50.000 €) aufgeteilt werden.

Es wurde von einem Ausschussmitglied hinterfragt, ob für das Jahr 2015 Mittel für den Betrieb des Bürgermobils zur Verfügung stehen.

Dazu wurde von der Verwaltung erläutert, dass die Möglichkeit besteht, die restlichen Mittel aus dem Jahr 2014 nach 2015 zu übertragen. Damit ist der Betrieb zunächst sichergestellt.

Beschlussvorschlag:

Dem Haushaltsplanentwurf 2015 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der bisher beratenen Änderungen zugestimmt. Gemäß § 112 NKomVG beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2015 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen; 3 Enthaltungen

6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- - -

Schluss der Sitzung: 19:10 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin

